

# „Einig und deshalb stark“

Erst haben sie ihn verlacht, nun fürchten sie ihn: Die Amerikaner stellen sich auf den Start des Euro ein. US-Banker und -Politiker rechnen sogar mit dem Ende der Weltherrschaft des Dollar.



EU-Vertreter Santer, Juncker, US-Präsident Clinton (in Washington im Dezember 1997): Krieg gegen den jungen Euro?

Der Europäer forderte die amerikanische Vormacht an einer passenden historischen Stätte heraus: Auf dem Petersberg bei Bonn war Konrad Adenauer einst den Hohen Kommissaren der Westmächte zu nahe getreten – mit einem beherzten Schritt auf den Teppich der Sieger demonstrierte der Kanzler seine Gleichrangigkeit.

Nun zeigte es dort oben über dem Rhein der Außenwirtschaftskommissar der Europäischen Union, Sir Leon Brittan, der Weltmacht USA. Die Gemeinschaft, bisher von den Amerikanern nur herablassend zur Kenntnis genommen, erhebt Anspruch auf Ebenbürtigkeit.

Die Vorherrschaft des Dollar werde mit der Einführung des Euro zu Ende gehen, verkündete der Brite vorvergangene Woche in einem Vortrag, zugleich werde „Europas Gewicht als internationaler Mitspieler wachsen“.

Der Euro werde sich „zu einer Weltreservewährung entwickeln“, sagte Brittan voraus. Wie schon zuvor bei der Handelspolitik, wo Brüssel von den Mitgliedstaaten die alleinige Zuständigkeit erhalten

hatte, sei die Union auch bei der Währung „einig und deshalb stark“.

Die europäische Herausforderung wird in den USA ernst genommen. Seit wenigen Wochen hat Washingtons politische Führungsschicht die Realität erkannt: Der Euro kommt. Erst jetzt sieht sie die EU nicht mehr überwiegend als ein un-

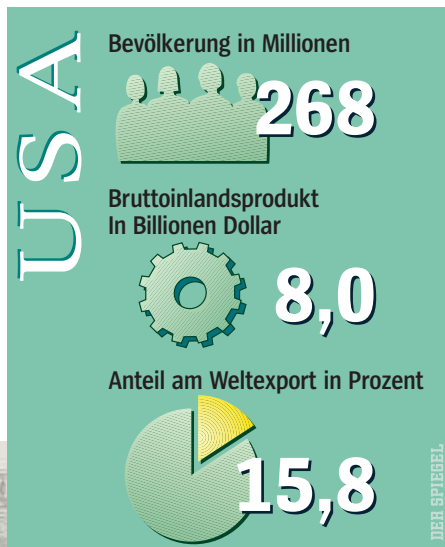
durchschaubares Rechts- und Vertragskonstrukt.

Die Konkurrenz eines starken Euro berührt unmittelbar die Interessen der Weltmacht: Sie kann ihren Dollarkurs nicht mehr so leicht zu ihren Gunsten manipulieren. Sogar die Kreditwürdigkeit der USA könnte in Gefahr geraten.

Mitte Januar erkundeten fünf US-Senatoren im Auftrag ihres Haushaltsausschusses die neue Lage. Unter Vorsitz von Pete Domenici führten sie Gespräche in London, Paris und Frankfurt am Main. Von den Mitteilungen des Bundesbank-Präsidenten Hans Tietmeyer, gaben die Euro-Kundschafter zu, waren sie „gewaltig beeindruckt“.

Der Euro kommt, habe der Bundesbankchef ihnen eindeutig erklärt. Er werde eine sehr starke Währung. Die Mitgliedstaaten würden strenge fiskalische Disziplin halten. Er und sein Haus, so Tietmeyer weiter, würden alles dafür tun, daß der Euro ein „echter Gegenspieler für den Dollar“ werde.

Gleich nach ihrer Heimkehr machten die Emissäre in einem Hearing zur US-Wirtschaft den Euro zum Thema.



Senator Spence Abraham berichtete als heiße News, die Europäer seien allen Ernstes dabei, „eine eigene starke Reservewährung zu schaffen, die als Konkurrenz zum amerikanischen Dollar dienen soll“.

Der als Zeuge einbestellte Zentralbankchef Alan Greenspan, bisher ein Verächter des Euro, schwärmte nun, für diese Idee habe der Dollar, als Binnenwährung von 50 US-Staaten, zum Vorbild gedient. Der Euro werde sich als eine bedeutende Währung in der Welt etablieren, und „das ist gut, nicht schlecht“.

Noch vor einem Jahr klang das ganz anders. Wie üblich, würden die Europäer auch bei der Währung nichts auf die Reihe bringen, war die vorherrschende Meinung. Die US-Presse verhöhnte das ganze Vorhaben als „Verrücktheit“, so das Magazin „Newsweek“: „Eine wahnsinnige Idee, schlecht für Europa und wohl schlecht für Amerika und auch für sonst jedermann.“

Notenbankchef Greenspan war noch Anfang 1997 überzeugt, wenn der Euro überhaupt komme, werde er keinen Bestand haben. Der US-Vizefinanzminister Larry Summers, ein Harvard-Professor, tat die Euro-Pläne als „Hirngespinnste“ ab, die sich niemals verwirklichen ließen.

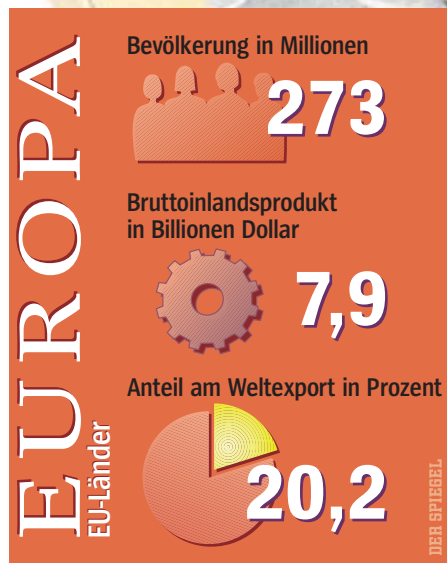
Noch kürzlich wurde Kommissar Brittan bei einem seiner Besuche in den USA von einem hochgestellten Regierungsmitglied gefragt, ob es sich lohne, einen gewissen Herrn de Silguy zu empfangen. Der habe um einen Gesprächstermin gebeten. Sei der denn von irgendwelcher Bedeutung in Europa? Der für den Euro zuständige Kommissar Yves-Thibault de Silguy, einer der wichtigsten Männer in Brüssel, bekam dann seinen Termin.

Überheblich gab sich noch im September das Weiße Haus. Die Terminplaner des US-Präsidenten wollten nicht einsehen, wieso Bill Clinton bei einem der routinemäßigen US-EU-Gipfel seine Zeit ausgerechnet mit zwei Luxemburgern vertun sollte – mit Jacques Santer, dem Präsidenten der EU-Kommission, und dem zu dieser Zeit amtierenden Ratspräsidenten Jean-Claude Juncker, einem der Väter des Euro.

Clinton empfing die beiden dann doch. Nebenbei ließ er sie gönnerhaft wissen, daß es die Europäer nun nach seiner Meinung mit dem Euro schaffen würden, sei „eine beruhigende Perspektive“.

Im US-Außenministerium stießen EU-Politiker bis zuletzt auf aggressive Ablehnung des Euro – wohl geprägt von der Sorge, mutmaßte ein hoher Kommissions-Vertreter, es könne „mit dem US-Dollar-Imperialismus ein Ende nehmen“.

Wie ein völkerrechtlich nicht existierendes Phänomen behandelten die Amerikaner offiziell die Union. Eine schroffe Abfuhr holte sich der CDU-Europa-Abgeordnete Elmar Brok, als



er im September vergangenen Jahres im State Department für formelle diplomatische Beziehungen zwischen den USA und der EU warb. Unterstaatssekretär John Kornblum, inzwischen Botschafter in Bonn, erklärte dem Parlamentarier: „Die EU ist nicht unser Partner. Unsere Partner sind die Staaten der EU.“

Das Anti-Euro-Klima wurde fast militant. Die dem US-Außenministerium nahestehende Zeitschrift „Foreign Affairs“ fand nichts dabei, sogar die abenteuerliche These des Harvard-Wirtschaftlers Martin Feldstein zu drucken, der Euro werde zum Kampf um die Vormacht zwischen Deutschland und Frankreich führen.



**Bundeskanzler Adenauer (M.) auf dem Petersberg (1949)\***  
*Dem Sieg zu nahe getreten*

Für Juncker war das „ein Schlag ins Gesicht“. Der Euro sei doch gerade ein Mittel der Friedenspolitik.

Die Kurswende in Richtung Euro, so glauben Brüsseler Experten, wurde von den amerikanischen Konzernen eingeleitet. Zur Überraschung der Regierung reagierte das Big Business positiv auf das Nahen der europäischen Einheitswährung.

US-Firmen wie General Electric, Microsoft oder General Motors, die in der EU erhebliche Umsätze machen, versprechen sich wie europäische Firmen vom Wegfall des Wechselkurs-Risikos innerhalb des Euro-Blocks nur Vorteile. Die amerikanische Industrie hat bis Ende 1996 rund 400 Milliarden Dollar in Fabriken und Unternehmen innerhalb des europäischen Binnenmarktes gesteckt, knapp die Hälfte ihrer gesamten Auslandsinvestitionen.

Beim Wirtschaftstreffen in Davos Ende Januar näherte sich auch US-Vizefinanzminister Summers unter einigen Windungen der neuen Währung. Zwar zweifelt er auch weiterhin, ob die EU wirklich, wie im Maastricht-Vertrag festgelegt, ohne massive Finanztransfers von reichen zu ärmeren Gegenden auskommen wird und ob sie den erstarrten Arbeitsmarkt flexibel machen kann. Im übrigen aber gelte, so Summers, für die neue Währung: „Wenn sie für Europa von Segen ist, wird sie auch für uns von Segen sein.“

Doch hinter der wohlgefälligen Formel versteckt sich Mißbehagen. Seit die Amerikaner die EU und den Euro ernst nehmen, sehen sie auch die Bedrohung für ihre eigene Währung deutlicher. Der Präsident der Federal Reserve Bank of New York, William J. McDonough, warnte Ende Januar vor den Folgen der Währungsunion: „Wenn behauptet wird, daß diese historische Entwicklung wenig Einfluß auf die Vereinigten Staaten hat – nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein.“

Inzwischen verziern US-Politiker ihre Reden regelmäßig mit der Formel, die Vereinigten Staaten würden den Euro rückhaltlos unterstützen. In Brüssel mag aber kaum einer daran glauben. Zu lange, sagt Kommissar Brittan, hätten die Amerikaner für

\* Mit den Bundesministern Fritz Schäffer, Thomas Dehler, Jakob Kaiser, Franz Blücher.



sich nur Schlimmes von der Währungsunion erwartet, egal wie die Sache ausginge: „Ein erfolgreicher Euro wird dem Dollar schaden und damit den USA. Ein nicht erfolgreicher Euro aber schadet Europa und damit auch den USA.“

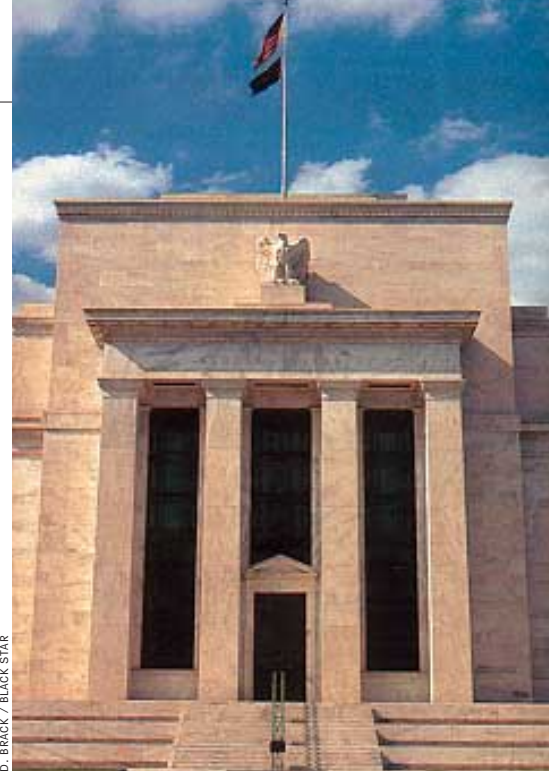
Euro-Kommissar de Silguy weiß nach zwei Besuchen in den USA genauer, worüber die Amerikaner sich Sorgen machen. Die herrlichen Zeiten seien bald vorbei, da der Dollar 60 Prozent des Weltzahlungsverkehrs dominiere, fürchtet die US-Regierung nach dem Eindruck des Besuchers aus Brüssel. Bis zu 1000 Milliarden Dollar würden wohl bald auf den Euro umgeschichtet, auch die Zentralbanken vieler Nationen könnten ihre Devisenreserven diversifizieren. Der Euro werde mit dem Dollar gleichziehen, so die Befürchtung in Washington, beide Währungen wickeln dann in absehbarer Zeit jeweils 40 Prozent der internationalen Zahlungen ab.

Mitbewerber des Dollar werde der Euro auch an den internationalen Kapitalmärkten. Im US-Finanzministerium, heißt es in der EU-Kommission, sei die Einsicht eingeleitet, daß man sich künftig sehr viel stärker an den neuen Bedingungen orientieren müsse. Die Zeiten seien dann endgültig vorbei, da die USA für ihre Kriege und ihre Hochrüstung-Programme ohne Probleme enorme Schulden in aller Welt machen könnten und sich durch Dollar-Manipulationen anschließend selber entschulden.

Besonders verstört sei Washington, so ein Brüsseler Kommissar, daß sich in dem früher handzahmen Europa etwas ganz Neues entwickle, das die USA nicht mehr unter Kontrolle haben. Man wisse nicht, „wie man den Fuß in die Tür bekommt“. Tony Blair, der Mann der USA in Europa, sitze beim Euro ja einstweilen nicht mit am Tisch.

Mit dem Euro, der Europäischen Zentralbank (EZB) und einer europäischen Wirtschaftsregierung in Gestalt des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister könnte die Union erstmals über die Instrumente verfügen, nach außen einheitlich zu handeln. Bisher hatte die Supermacht Amerika kaum Anlaß, sich um Emanzipations-Gelüste der Europäer Gedanken zu machen.

Zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist die EU nicht fähig. Den Bürgerkrieg in Bosnien mußten die USA beenden. Auch in der Irak-Krise spielt die EU keine Rolle, weil die Mitgliedsländer Großbritannien, Frankreich und Deutschland ihre eigene, gegensätzliche Politik machen. Auch wirtschaftlich machte das europäische Modell in den USA bis jetzt keinen Eindruck. Die Arbeitslosigkeit ist mit europaweit über zehn Prozent etwa doppelt so hoch wie in den USA, das Wirtschaftswachstum hinkt in der EU ständig um ein bis zwei Prozentpunkte hinter den USA her. Mehr als wolkige Beschäftigungsgipfel sind zur Lösung des drängendsten Problems der Union offenbar nicht erreichbar.



**US-Notenbank in Washington**  
*Erdrückendes Entgegenkommen*

An der politischen Unmündigkeit der Europäer soll sich, geht es nach den Amerikanern, auch in Zukunft nichts ändern. Um so mehr stört der Anspruch der Wirtschaftsmacht EU, mit dem Euro auf gleichen Rang an der Seite der USA aufzurücken. Die US-Federal Reserve Bank begegnet dem Aufsteiger mit erdrückendem Entgegenkommen: Die Notenbank will einen möglichst engen Schulterschuß mit der künftigen Europäischen Zentralbank suchen.

Wim Duisenberg, der voraussichtlich erste EZB-Präsident, hat intern erklärt, er stehe solchen Annäherungen nicht ablehnend gegenüber. Im Gegenteil, erste Handlung nach seiner Wahl werde ein Anruf bei den Kollegen in Washington sein. Er wolle auf jeden Fall verhindern, daß der Dollar „den Krieg gegen den jungen Euro“ beginnt.

In Frankreich findet die Bindungsstrategie der US-Notenbank entschlossene Liebhaber. Staatsgläubige auf der Linken wie der Rechten drängen darauf, daß der Euro einen festen Wechselkurs mit dem Dollar anstreben solle. So ließen sich besser gemeinsame Handelsinteressen verfolgen und Feindseligkeiten zwischen den Währungsblöcken vermeiden.

Die Deutsche Bundesbank aber ist strikt gegen jedwede Bindung des Euro. Über den Festkurs wäre die Euro-Zone an die Geld- und Zinspolitik der USA angekoppelt – die kaum gewonnene Unabhängigkeit der Währungsunion wäre dahin.

Auch Kommissar Brittan mahnt, sich nicht allzu eng mit den Amerikanern einzulassen: „Sie wollen informiert werden, in Ordnung. Sie wollen Einfluß nehmen, auch noch gut. Ich hoffe sehr, daß sie nicht so dumm sind, Kontrolle beim Euro ausüben zu wollen.“ ♦